Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.40 Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.— mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 404
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 60 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 131 | Freitag den 9. Juni 1933 | 91. Jahrgang

Ein deutsches Transfermoratorium

Vorübergehende Unterbrechung des Transfers für Verpflichtungen aus der Zeit vor der Julikrise 1931

WB. **Berlin**, 8. Juni. **Nachdem auch die Vertreter der kurz- und langfristigen Auslandsgläubiger in der vorwöchigen Zusammenkunft mit der Reichsbank einhellig anerkannt haben, daß bei einem weiteren Rückgang der Gold- und Devisenreserve die volle Funktion der Reichsbank als zentrales Notenbankinstitut beeinträchtigt werde, und es daher wünschenswert sei, diese Reserve schrittweise zu erhöhen, hat die Reichsbank nunmehr an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem sie davon Mitteilung macht,**

> **daß sie mit Wirkung per 1. Juli ds. Js. für eine vorübergehende und hoffentlich kurze Zeit die Zuteilung von Devisen auf alle diejenigen Zahlungen einstellt, die Verpflichtungen betreffen, die vor der Julikrise 1931 entstanden sind.**

Ausgenommen hiervon sind die bestehenden Stillhalteabkommen. Um ganz klar zu machen, daß es sich bei der vorübergehenden Unterbrechung des Transfers um eine rein volkswirtschaftliche Angelegenheit handelt, nämlich darum, daß die Reichsbank nicht genügend fremde Zahlungsmittel zur Verfügung hat, nicht aber um eine Zahlungsstockung privater Schuldner, hat die Reichsregierung ein Gesetz erlassen, wonach die deutschen Schuldner verpflichtet werden, ihre Zahlungen in Reichsmark weiter zu leisten. Die eingezahlten Markbeträge werden in einer besonderen Konversionskasse solange verwaltet, bis wieder genügend ausländische Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, um den rückständigen Transfer durchzuführen.

Die Reichsbank hat an die Vertreter der langfristigen Gläubiger und an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel das Ersuchen gerichtet, ebenfalls in der kommenden Woche in London zu einer Besprechung zusammenzutreten. Die Reichsbank wird bei diesen Besprechungen ihr Möglichstes tun, um zu einer Lösung der seit langem erwarteten und nunmehr eingetretenen Transferkrise beizutragen. Sie wird dabei ausgehen von den beiden Grundsätzen, die die Berliner Besprechungen mit den Gläubigervertretern als einhelliges Ergebnis festgestellt haben, nämlich

1. daß die Gold- und Devisenreserve der Reichsbank zwecks Erhaltung ihrer Funktion als Währungsinstitut wieder angereichert werden muß und daß

2. der laufende Warenhandel Deutschlands keinen Finanzierungsbeschränkungen unterworfen wird, weil sonst die hervorragendste Quelle des Devisenaufkommens verschlossen werden würde.

Aus diesem Grunde sind auch alle unkontrollierbaren Zeitungsnachrichten mit größter Skepsis aufzunehmen, die von Vergeltungs- oder Gegenmaßnahmen ausländischer Kreise sprechen, wie z. B. Beschlagnahmen, Zwangsclearing und ähnlichen Dingen. Denn es handelt sich bei dem Vorgehen der Reichsbank

> **nicht um irgendeinen willkürlichen Akt, sondern lediglich um die Auswirkung von Tatsachen, an deren Entstehung die Reichsbank völlig unbeteiligt ist,**

und aus der ein einseitiger von Deutschland abhängiger Ausweg nicht gefunden werden kann. Sollten sich andere Auswege finden, und sie können auf dem Wege einer Rekonstruktion der internationalen Wirtschaft gefunden werden, so ist die Reichsbank ebenso wie die Reichsregierung bereit, daran mit allem Nachdruck mitzuarbeiten.

Die Begründung der Reichsbank

Das Schreiben, das das Reichsbankdirektorium zur Begründung des notwendigen Transferaufschubes unter dem Datum vom 6. Juni an den Reichskanzler gerichtet hat, umfaßt acht Schreibmaschinenseiten und besagt im wesentlichen: Der Bestand der Reichsbank an eigenem Gold und deckungsfähigen Devisen, der Ende Juni 1930 mit 3078 Millionen RM. seinen Höchststand nach der Währungsstabilisierung erreichte, hat infolge der Kreditkündigungen des Auslandes im Anschluß an den im Mai 1931 erfolgten Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt eine rasche Verminderung erfahren. Die nach der Julikrise 1931 getroffenen Stillhaltevereinbarungen und Devisenmaßnahmen haben die Verminderung zwar verlangsamt, jedoch nicht verhindern können, daß am **31. Mai 1933 nur noch rund 280 Millionen RM. eigenes Gold und deckungsfähige Devisen in der Reichsbank vorhanden waren.** Wenn auch für den inneren Zahlungsverkehr bei Aufrechterhaltung der Devisenzwangswirtschaft in Höhe der Golddeckung für die Stabilerhaltung der Reichsbank nicht die frühere ausschlaggebende Rolle spielt, so führt doch der dauernde Gold- und Devisenschwund bei der Reichsbank zu der schweren Gefahr, daß die vorhandenen Devisenbeträge nicht einmal mehr für die ordnungsmäßige Bezahlung der täglich im deutschen Außenhandelsverkehr benötigten Millionen ausreichen. Diese Gefahr wird umso größer, als mit dem ständigen Rückgang der Devisenreserven der Außenhandel eine immer stärkere Schrumpfung erleidet.

Das Schreiben verweist dann weiter auf die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz und die willkürlichen Währungsmaßnahmen einer Reihe anderer Länder sowie auf die drohende Gefahr einer weiteren Handelsschrumpfung, die nicht abgewartet werden darf, wenn die Bezahlung der Einfuhr besonders von Rohstoffen und Halbfabrikaten nicht aufs Spiel gesetzt werden soll, deren Verredlung die Grundlage für die Beschäftigung einer hoch qualifizierten deutschen Arbeiterschaft bildet. Am deutschen Außenhandel sind aber ebenso die Kreditgeber Deutschlands interessiert.

Aus dieser Lage ergeben sich **mit zwingender Notwendigkeit unverzüglich wirksame Maßnahmen.** Diese Notwendigkeit ist auch von den Auslandsgläubigern so in den Stillhalteverhandlungen wie in der kürzlichen Aussprache der Vertreter der Auslandsgläubigerschaft uns anerkannt worden.

Die Lage hat sich so zugespitzt, daß sich die Reichsbank genötigt sieht, per 1. Juli ds. Js. für den Transfer aller derjenigen Verpflichtungen, die bei der Bankenkrise am 15. Juli 1931 bestanden, soweit sie nicht in dem sogenannten Stillhalteabkommen besonders geregelt sind, Devisen für eine vorübergehende Zeit nicht mehr zur Verfügung zu stellen.

Diese Maßnahme soll die Reichsbank in den Stand setzen, ihre noch vorhandenen Reserven zu verteidigen und schrittweise in einem angemessenen Ausmaß wieder aufzufüllen sowie gleichzeitig ausreichend Devisen zur Verfügung zu stellen für alle Bedürfnisse des laufenden Kredit- und Handelsverkehrs mit dem Auslande.

Als endgültiges Ziel ihrer Maßnahmen hat die Reichsbank im Auge, die deutsche Währung in den freien internationalen Zahlungsverkehr ehestens wieder einzufügen und die zukünftige Zahlungsfähigkeit Deutschlands seinen Gläubigern gegenüber baldmöglichst wieder voll wirksam werden zu lassen. Es liege im Interesse der Gläubiger, ein solches vorübergehendes Opfer zu bringen, um nicht die Gefahr einer dauernden Zahlungsstockung zu laufen, die die Reichsbank unbedingt vermieden zu sehen wünsche.

In diesem Sinne regt die Reichsbank das nunmehr erlassene Reichsgesetz an. Die Reichsbank wird dabei geleitet von dem Wunsche, so rasch wie möglich zu einer Wiederbelebung des Welthandels beizutragen. Sie erhofft davon das möglichst baldige Eintreten des Zeitpunkts, in dem sie wieder ausreichend Devisen auch für den Dienst der langfristigen Schulden zur Verfügung stellen kann. Sie möchte damit zugleich eine Initiative ergreifen, um auch die übrigen Staaten und Notenbanken zu Maßnahmen zur Belebung des Welthandelsverkehrs zu veranlassen, und empfiehlt deshalb, dieses Problem auf der Weltwirtschaftskonferenz vordringlich zu behandeln, um eine Zusammenarbeit aller interessierten Länder für eine beschleunigte Lösung des Problems herbeizuführen. Auch die von der Reichsbank angeregte Gläubigerkonferenz in London soll dem Zweck dienen, möglichst bald zum freien Transfer zurückkehren zu können.

*

Unter den Transferaufschub, d. h. den Aufschub der Zins- und Amortisationszahlungen, fallen, wie wir erfahren, ausländische Kredite von rund 15—16 Milliarden Reichsmark.

Neue wichtige Reichsgesetze

Das Gesetz gegen Verrat der deutschen Volkswirtschaft

Berlin, 8. Juni. (Conti.) Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett in seiner Sitzung am Donnerstag neben dem Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland ein Gesetz zur Bekämpfung der Notlage der Binnenschiffahrt, ferner ein Gesetz über Zahlungsfristen der Aufwertungssachen beschlossen und das Gesetz gegen Verrat der deutschen Volkswirtschaft verabschiedet.

Was das Gesetz gegen Verrat der deutschen Volkswirtschaft betrifft, so wird eine Anzeigepflicht für Vermögensstücke festgelegt, die am 1. Juni 1933 sich im Auslande befanden und die in ihrer Gesamtheit den Wert von mehr als 1000 RM. ausmachen und vermögenssteuerpflichtig sind, aber vor dem 1. Juni 1933 weder vom Steuerpflichtigen, noch von einer anderen Person dem Finanzamt gegenüber angegeben worden sind.

Hinsichtlich der Devisen sind anzeigepflichtig solche Devisen, die am 1. Juni 1933 einen Wert von mehr als 200 Mark hatten und anbietungspflichtig waren, aber vorher der Reichsbank nicht angeboten worden sind. In Paragraph 2 dieses Gesetzes wird im einzelnen erläutert, was unter Vermögensstücken verstanden wird, wobei die bisherigen Bestimmungen wesentlich erweitert worden sind, und jetzt auch unter anderem Patente und Edelmetalle darunter fallen, während bei den Devisen ebenfalls eine Erweiterung der Bestimmungen eingetreten ist und unter anderem auch das Gold darunter fällt. Es werden schwere Strafen gegen Verstöße gegen das Gesetz festgelegt werden, die aber im einzelnen noch nicht festgesetzt sind. Neben den Strafen soll auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Die Straffreiheit ist bei Erfüllung der Anzeigepflicht bis zum 31. Juli dieses Jahres durch das Gesetz festgelegt.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Notlage der Binnenschiffahrt sieht die Möglichkeit vor, daß sich Schiffahrttreibende zu öffentlich-rechtlichen Verbänden zusammenschließen können. Ferner enthält das Gesetz Bestimmungen über Ausnutzung und Beschränkung der Vermehrung der Kahn- und Schleppfahrt. Zur Durchführung der sich aus dem Gesetz ergebenden Abwrackmaßnahmen können Verbände das Recht erhalten, Umlagen zu erheben.

In dem Gesetz über Zahlungsfristen in Aufwertungssachen ist die Frist zur Aufwertung der 31. Juli dieses Jahres als Stichtag festgesetzt worden.

Endlich nahm das Reichskabinett einen Bericht über die 17. Tagung der Arbeitskonferenz entgegen.

*

Würzburg, 8. Juni. Bei einer Durchsuchung bei Kommunisten wurden heute Hieb-, Stich- und Schußwaffen, sowie Schriftenmaterial gefunden und 42 Personen festgenommen. Gegen einen Teil der Verhafteten wird das Hochverratsverfahren eingeleitet.

Altona, 8. Juni. Die Verteidiger der vier im Altonaer Sonntagsprozeß zum Tode verurteilten Angeklagten haben Gnadengesuche an das preußische Staatsministerium gerichtet.

Das Gesetz des Wachstums

Sch. **Berlin**, den 8. Juni 1933.

Für die weltgeschichtliche Betrachtungsweise stellen sich Revolutionen etwas anders dar als dem mitterlebenden Zeitgenossen. Was dem staunenden Auge der Gegenwart als vollkommene Neuschöpfung erscheint, das wird der Historiker der Zukunft als die plötzliche und stürmische Entfaltung von Kräften ansehen, die längst vorhanden waren und deren gestaute Kraft plötzlich die Hindernisse durchbrach. Das politische und geschichtliche Geschehen unterliegt wie alle Vorgänge des Lebens den Gesetzen des Wachstums. Ein Neues kann nicht künstlich in der Retorte gezüchtet werden. Revolution bedeutet immer das Durchbrechen der natürlichen Kräfte des Wachstums durch künstlich geschaffene hemmende Schichten.

An diese Gesetze des Wachstums erinnert der Reichswirtschaftsminister Hugenberg in einem Aufsatz, in dem er sich mit den Kritikern seiner Wirtschaftspolitik auseinandersetzt. Seine Auffassung geht dahin, daß nach der Vollendung des Durchbruchs dem Staat die Aufgabe des Gärtners, nicht aber diejenige eines konstruktiven Chemikers an der Retorte zufalle. Den Versuch der künstlichen Menschenschaffung — Homunculus — nennt er einen den größten Feinde des erdgebundenen natürlichen Menschentums. Gegen diese Auffassung wird kein einsichtiger Mensch etwas einwenden können. Man wird ihm von diesem Ausgangspunkt her auch darin zustimmen können, daß das Wegräumen der Trümmer, unter denen sich kein Wachstum entfalten kann, die Hauptsache darstellt. Die Meinungsverschiedenheiten werden an dem Punkte beginnen, den Hugenberg selbst andeutet und an dem es sich um die Unterscheidung von Trümmer und Baustein handelt.

Es scheint, als ob sich innerhalb der Reichsregierung die Meinungen, die vor einiger Zeit nicht immer ganz parallel zu laufen schienen, heute weitgehend einander genähert haben. An dem gleichen Tage, an dem sich Hugenberg gegen die sinnlose Zerstörung von Großbetrieben, Warenhäusern und Konsumvereinen wendet, veröffentlicht der preußische Ministerpräsident Göring einen Erlaß, in dem er willkürliche Eingriffe bei den Konsumvereinen aufs schärfste untersagt. Vom Standpunkt des selbständigen Einzelhändlers gesehen ist die Wirkung von Konsumverein und Warenhaus ziemlich die gleiche. Den gewerblichen Mittelstand interessiert es wenig, ob ein Großbetrieb der Verteilung auf kapitalistischer oder auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet ist. Er schaut nur auf die Wirkungen, die seinem eigenen Umsatz schädlich sind. Der Staat aber muß in jedem Augenblick das Allgemeinwohl im Auge behalten. Der Reichswirtschaftsminister bezweifelt, daß die Beseitigung der Warenhäuser usw. nur günstige Wirkungen haben werde. Zunächst würde durch ein solches Verfahren eine starke Unruhe hervorgerufen werden. Unternehmungen, die auf den Großabnehmer eingestellt sind, können sich nicht sofort umstellen. Es besteht die Gefahr, daß zu den entlassenen Angestellten der Warenhäuser und Großbetriebe zunächst auch noch Arbeiter der für die Großbetriebe produzierenden Unternehmungen erwerbslos werden. So schnell lassen sich die Dinge nicht ändern. Von heute auf morgen kann nicht für vorschnell Zerstörtes Ersatz geschaffen werden. Unter Umständen würde der Mittelstand, statt neuen Lebensraum zu gewinnen, selbst Schaden nehmen, wenn nämlich die allgemeine Kaufkraft vermindert würde. Wenn es aus wirtschaftlichen und volkspolitischen Gründen als zweckmäßig angesehen wird, die Verteilung von den Großbetrieben fortzuleiten, so kann das nur auf den Wegen der Entwicklung und des allmählichen Wachstums durchgeführt werden. Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit will auch die Kaufkraft erheblich steigern. Diese vermehrte Kaufkraft soll nach dem Willen Hugenbergs ausschließlich dem Mittelstand zugeleitet werden. Das will er dadurch erreichen, daß er der weiteren Entfaltung der Großbetriebe Grenzen setzt. Eine Vermehrung und ein weiterer Ausbau soll nicht gestattet werden.

Der Reichswirtschaftsminister Hugenberg spricht die Meinung aus, daß die Entwicklung von selbst von den Mammutbetrieben zu den Mittelbetrieben führen werde. Er hält es darum für ausreichend, wenn er die Hindernisse für Leben und Entfaltung des städtischen Mittelstandes wegschneidet. Aber er lehnt die sinnlose Zerstörung vorhandener Werte ab. Mit einseitigen Interessengesichtspunkten wird man dieser Auffassung nicht entgegentreten dürfen. Es gibt aber auch viele Nationalsozialisten, die der Meinung Hugenbergs Gründe von allgemeinerer Bedeutung, eben solche volkspolitischer Art, entgegenhalten werden. Aber auch diese Auffassungen müssen den Versuch zu einer ernsthaften und sachlichen Auseinandersetzung mit den gewichtigen Gründen Hugenbergs machen. Es ist eine Einigung darüber notwendig, was Trümmer und was Baustein ist. Im Schoße der Regierung selbst scheint diese Einigung inzwischen annähernd erreicht zu sein.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der Angriff auf den Zins

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter

Das Problem der Agrarentschuldung ist seiner Lösung um einen entscheidenden Schritt näher gebracht worden, ohne daß aber die Pfandbriefzinsen gesenkt wurden. Man hat mit Recht Bedenken getragen, noch einmal einen Zwangseingriff in die Zinssätze der festverzinslichen Wertpapiere vorzunehmen, weil hierdurch der Sparwille aufs neue erschüttert worden wäre. Zwar hat man den Zinssatz für alle landwirtschaftlichen Schulden generell auf 4½ Prozent herabgesetzt und hierdurch die Lage der Landwirtschaft bedeutend erleichtert. Aber das Reich erstattet den Gläubigern der landwirtschaftlichen Hypotheken in den ersten drei Jahren ein weiteres Prozent Zinsen, sodaß die Kreditinstitute den Pfandbriefinhabern die gleichen Zinsen wie bisher zahlen können. Damit ist eine neue Gefährdung des Rentenmarkts verhindert. Die Erkenntnis, daß die Wirtschaft in erster Linie Sicherheit braucht und daß daher jede Beunruhigung der Sparer unter allen Umständen vermieden werden muß, hat sich diesmal erfreulicherweise durchsetzen können.

Aus der gleichen Erwägung heraus, aus der das große Werk der landwirtschaftlichen Entschuldung in Angriff genommen worden ist, ohne daß eine zwangsmäßige Zinsenkung vorgenommen wurde, hat man auch von der Auflegung einer großen Arbeitsbeschaffungsanleihe zunächst abgesehen. Man hat die Notwendigkeit erkannt, die Wertpapiermärkte schonend zu behandeln und hat sich auch gehütet, ihre Tragfähigkeit zu überschätzen. Aber die Zurückstellung der Zinssenkungs- und Anleihepläne bedeutet nicht etwa den Verzicht auf Geldverbilligung und auf eine endgültige Finanzierung des neuen Arbeitsbeschaffungsprojektes. Aufgeschoben ist in diesem Falle ganz gewiß nicht aufgehoben. Aber man will den Weg einer organischen Reform gehen. Eine sich erholende Wirtschaft kann naturgemäß höhere Zinslasten tragen als eine innerlich ausgehöhlte. Für eine Produktion, die wieder angekurbelt ist und infolgedessen in immer schnellere Bewegung kommt, verlieren auch die Verschuldungs- und Zinsfragen ihre Schrecken. Eine aufsteigende Produktionswelle wird in nicht allzu langer Zeit eine Geldmarktlage schaffen, die eine Ablösung der jetzt vom Reich auszugebenden Arbeitsbeschaffungsbonds durch eine Reichsanleihe ermöglichen wird. Erst muß aber die Wirtschaft wieder hochgebracht werden, dann erst vermag sie größere Lasten zu tragen. In den letzten Jahren ist man immer wieder den entgegengesetzten Weg gegangen und hat dadurch den Zusammenbruch der überlasteten Wirtschaft verschuldet. Jetzt endlich soll der richtige Weg über die Stärkung der Kaufkraft zur Steigerung der Fähigkeit, Steuern und Zinsen zu tragen, eingeschlagen werden. Gelingt es, durch die jetzt geplante neue große Arbeitsbeschaffungsaktion einen tatsächlichen Einbruch in die starre Front der Arbeitslosigkeit zu erzwingen, so wird es künftig auch nicht schwer sein, neue Anleihen zu wesentlich niedrigeren Zinssätzen aufzulegen.

Aber alle die großen entscheidenden Maßnahmen, die die Reichsregierung in den Wochen vor Pfingsten ergriffen hat, beweisen immer wieder aufs neue, daß der wohlvorbereitete Angriff auf die Zinshöhe geführt werden soll, sobald der richtige Augenblick gekommen sein wird. Es wird dann eine organische Herabsetzung aller Zinssätze mindestens auf das Friedensniveau durchgeführt werden, ohne daß die Sparer und Rentner diese großzügige Aktion gleich den früheren Zinseingriffen als einen Schlag gegen ihre Lebensgrundlagen empfinden werden. Eine Zinsermäßigung, die auf Grund natürlicher ökonomischer Gesetze erfolgt, braucht ja von den Gläubigern und Sparern niemals gefürchtet zu werden. Sie legt ihnen zwar Opfer auf, gibt ihnen aber endlich die unbedingte Sicherheit für ihr ausgeliehenes Kapital, die ihnen bisher fehlte. Diese Sicherheit macht die überhöhten Risikoprämien, die bisher die hohen Zinssätze verursachten, leicht entbehrlich. Denn letzten Endes hätte ja das Fortbestehen des Risikos unbedingt zum Verlust eines Teils der ausgeliehenen Kredite führen müssen. Die Gläubiger müssen also eine organische Zinssenkung, die ihnen ihr gefährdetes Kapital rettet, ebenso begrüßen wie die Schuldner, die durch einen organischen Zinsabbau vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt werden sollen.

Der konzentrische Angriff auf den Zins richtet sich also weder gegen die Gläubiger noch gegen die Schuldner, sondern wird zugunsten beider geführt. Er steht in engstem Zusammenhang mit dem gesamten Wirtschaftsbelebungsprogramm der nationalen Regierung, namentlich auch mit den neuen Steuerermäßigungsplänen. Das Ziel dieses Programms ist bekanntlich die Wiederherstellung der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung. Mit dem Anwachsen des Kapitalangebots fallen ganz naturgemäß die Zinssätze. Wenn überall in der Wirtschaft neues Kapital und neue Ersparnisse sich bilden, wird der Tag ganz von selbst kommen, an dem das überhöhte Zinskartenhaus zusammenbricht, und niemand wird ihm nachtrauern, denn hohe Zinsen bedeuten stets eine gelähmte Wirtschaft.

Abschiedsgesuch des Präsidenten Kapler

Vom Kirchensenat genehmigt

Berlin, 8. Juni. Kirchenamtlich wird u. a. mitgeteilt: Präsident Dr. D. Kapler, der bereits in der Aprilsitzung des Kirchensenats angekündigt hatte, daß er seinen Abschied nehmen würde, sobald der von ihm noch durchzuführende Teil der Kirchenverfassung abgeschlossen sein würde, hat dem Kirchensenat mitgeteilt, daß mit der Bestimmung D. v. Bodelschwinghs zum Reichsbischof und mit der Feststellung der Grundzüge der neuen Kirchenverfassung dieser Abschluß erreicht sei. Sein Gesundheitszustand mache es ihm unmöglich, seinen Entschluß noch hinauszuschieben.

Der Kirchensenat hat in seiner heutigen Sitzung unter wärmster Würdigung der Lebensarbeit Dr. D. Kaplers und in größter Dankbarkeit dafür, daß es dem scheidenden Präsidenten noch vergönnt war, durch die Grundlegung des kirchlichen Reformwerkes und der Berufung des Reichsbischofes seiner Lebensarbeit eine Krönung von kirchengeschichtlicher Bedeutung zu geben, dem Abschiedsgesuch stattgegeben.

*

Präsident D. Dr. jur. Kapler, der im Alter von 65 Jahren steht, und gebürtiger Schlesier ist, war fast 40 Jahre hindurch in der kirchlichen Verwaltung tätig. 1919 wurde er zum weltlichen Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates der Altpreußischen Union, 1925 zum Präsidenten dieser Behörde berufen. Als solcher übernahm er zugleich den Vorsitz im Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß.

Mißtönender Ausklang in Genf

Genf, 8. Juni. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat sich am Donnerstag nachmittag vorläufig bis zum 3. Juli vertagt. Die Schlußsitzung war von der Ankündigung der japanischen Regierung beherrscht. Japan lehne das bisher von allen Mächten angenommene Bombenabwurf-Verbot im englischen Abrüstungsplan ab, falls nicht die vollständige Abschaffung der Flugzeugmutterschiffe beschlossen würde. Die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wandten sich daraufhin sehr scharf gegen die japanische Ankündigung und lehnten die japanische Beweisführung kategorisch ab. Die Sitzung endete mit einem offenen Mißklang zwischen Japan und den beiden übrigen großen Flottenmächten.

Ueber das weitere Schicksal der Abrüstungskonferenz herrscht völlige Dunkelheit. Die allgemeine Konferenzmüdigkeit macht sich in hohem Grade bemerkbar. Die maßgebenden Delegierten sind bereits Mittwoch abend nach London abgereist. Die deutsche Abordnung kehrt mit Ausnahme Nadolnys nach Berlin zurück, der noch einige Tage in Genf bleibt.

Das Ergebnis der ersten Lesung des englischen Abkommensentwurfes wird auf deutscher Seite als in hohem Maße unbefriedigend bezeichnet. Die grundsätzlichen deutschen Forderungen, insbesondere die Forderung auf Zuerkennung der gleichen Verteidigungswaffen an Deutschland wie Flugzeuge, Unterseeboote und so weiter haben in keiner Richtung eine Anerkennung gefunden. Die praktische deutsche Gleichberechtigung steht somit noch in weitem Feld. Die deutsche Regierung verharrt selbstverständlich weiter auf der unerläßlichen Notwendigkeit sofortiger Entscheidungen und der praktischen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung.

Gut zu Fuß
mit meiner Reform- und orthop. Fußbekleidung!
Fußstützen u. Bandagen
Neuzeitliche
Fußpflege
Weigel
DEIMLINGSTR. 8
Pforzheim

Aus Stadt und Land

Neuenbürg, 9. Juni. (Polizeibericht.) In der Nacht vom 7./8. Juni 1933 wurde ein an der Haltestelle Engelsbrand angebrachter Schokoladeautomat weggerissen und entwendet. Um sachdienliche Mitteilung an die nächste Landjäger- oder Polizeistelle wird gebeten.

Neuenbürg, 9. Juni. Aus Obstbaukreisen werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß sich zur Zeit die Gespinstmotte an den Obstbäumen ausbreitet, namentlich an Zwetschgen-, Pflaumen- und Apfelbäumen. Die Obstbaumbesitzer sollten nachsehen und rasch zur Vertilgung schreiten.

(Wetterbericht.) Im Norden liegt ein breiter Hochdruckrücken unter dessen Einfluß für Samstag und Sonntag immer noch vorwiegend heiteres, wenn auch zu Gewitterstörungen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

Schömberg, 8. Juni. Wenn der Deutsche Flottenverein in diesen Tagen mit besonders eindringlichen Werbeveranstaltungen vor die Oeffentlichkeit tritt, dann geschieht dies vornehmlich aus der Ueberzeugung heraus, daß gerade in den Tagen stärkster und tatkräftigster Machtstellung und deutschen Ansehens in der Welt beim Neubau des Reiches die ihm gebührende Berücksichtigung erfahren muß. Dieser Grundpfeiler ist die deutsche Seegeltung, das Bekenntnis zu dem tiefernsten Worte „Seefahrt tut not". Das deutsche Volk soll wieder über die Liebe zu den blauen Jungens hinaus tiefer eindringen in die Arbeit, die die Reichsmarine im Dienst des Vaterlandes zu leisten hat, es soll vor allen Dingen erkennen, daß für die Sicherheit der Heimat gegen fremde Uebergriffe der Schutz der langgestreckten Küsten ebenso dringend ist, wie der der Landesgrenzen. Der Leiter der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Flottenvereins, Herr Chefarzt Dr. Schröder, bittet alle Mitglieder in Schömberg und darüber hinaus, soweit sie es vermögen, in dieser Woche auch für die Ziele und Gedanken des Deutschen Flottenvereins tätig zu sein und die vom Innenministerium genehmigte öffentliche Straßensammlung zu Gunsten seiner satzungemäßigen Bestrebungen kommenden Sonntag, 11. Juni, tatkräftig zu unterstützen.

Morgen Samstag große Enzanlagenbeleuchtung in Wildbad

Wie in den letzten Jahren hat die staatl. Badverwaltung Wildbad auch in diesem Jahr die großen Enzanlagenbeleuchtungen wieder auf Samstage und zwar — günstige Witterung vorausgesetzt — die erste auf morgen Samstag, den 10. Juni, festgesetzt. Nach den gemachten Erfahrungen wird dies besonders von den Wochenendgästen begrüßt, zumal auch für den an diesem Tag von 9½ Uhr ab im Kursaal stattfindenden Tanzabend von der Ballanzugvorschrift abgesehen wird. Die Enzanlagenbeleuchtungen in Wildbad genießen Weltruf. Wer sie in ihrer märchenhaften Pracht einmal gesehen hat, kommt immer wieder. Die Reichsbahn führt am 10. Juni einen Verwaltungssonderzug Pforzheim ab 19.03, Wildbad an 19.56, Wildbad ab 22.56, Pforzheim an 23.40. Außerdem fahren von allen möglichen Plätzen Süddeutschlands an diesem Tag Gesellschaftsautos zu besonders billigem Preis nach Wildbad.

Württemberg

Freudenstadt. (Reichspressechef Dr. Dietrich in Bad Rippoldsau.) Reichspressechef Dr. Dietrich weilte mit seiner Frau über die Pfingstfeiertage in Bad Rippoldsau.

Stuttgart. (Turnfest und Einzelhandel.) In einer Versammlung von Angehörigen des Stuttgarter Einzelhandels teilte der Vorsitzende des Hauptfestausschusses für das 15. Deutsche Turnfest, Dr. Obermeyer, mit, daß mit 100 Sonderzügen nach Stuttgart und mit der Teilnahme von 200 000 Turnern gerechnet werden muß. Zur Verfügung stehen 90 000 Bürgerquartiere und 60 000 Massenquartiere. Man rechnet damit, daß durch das Turnfest 10 Millionen RM. in die Stadt fließen. Der Geschäftsführer des Turnfestes, Fr. Körner, betonte gleichfalls, daß das Turnfest der Wirtschaft von Stadt und Land einen großen Antrieb geben werde. Geplant ist eine besondere Ausschmückung der Stadt, insbesondere der Festzugstraßen. Mit den Vorbereitungen hiefür sind Stuttgarter Künstler beschäftigt. Es wurde als die Aufgabe des Einzelhandels bezeichnet, sich in den Dienst der Ausschmückung zu stellen. Seine besondere Unterstützung wurde auch für die Turnfestlotterie erwähnt.

Stuttgart. (Versuchter Mord.) Wegen zweier Verbrechen des versuchten Mords hatte sich der 25 Jahre alte frühere

Das Kreuz des Kilian Anruh

Von Rudolf Utsch

Nachdruck verboten. Copyright by Alfred Bechthold, Braunschweig.

(33. Fortsetzung.)

„Aber zwei Kühe auf einen Schlag, Herr Pfarrer", jammerte der Wirt. „Das stimmt nicht, da kann einer sagen, was er will..."

„Dann ein so verdorbenes Frauenzimmer! — Bei einem niederländischen Obristen ist es gewesen. Sagt das nicht genug? Der stand sicher dem Leibhaftigen nicht fern!"

„Nun — ja, ich werde den Kilian aufsuchen und mir das Mädchen mal ansehen. Aber das kann ich euch heute schon sagen: Eine Hexe ist es nicht! Deshalb beruhigt euch! — Ich habe einen Bauern gekannt, dem in einer Nacht vier Kühe eingingen. Also noch mehr als bei euch, Wirt. Das Unglück bleibt keinem von uns fern. Wie kann man da immer gleich an eine Hexe denken? — Doch ich will mir in den nächsten Tagen das Mädchen mal ansehen. Ich bitte euch nur, um Gotteswillen, vorher gegen das Mädchen nichts zu unternehmen. Das versprecht mir, nicht wahr?"

„Es darf nicht dableiben, Herr Pfarrer, unter keinen Umständen!"

„Nun, ich werde mir den Kilian schon ins Gebet nehmen. Er ist ein Mann von Schrot und Korn und wird schon vernünftig mit sich reden lassen... Euch aber", so fuhr der Geistliche fort und sah dabei Peter Ringlein in die Augen, „möchte ich noch besonders ans Herz legen, euer Gewissen sorgfältig zu prüfen, ob es nicht was anderes ist, was euch zu solcher Rede gegen den Kilian und das Mädchen treibt. Ihr kennt alle das achte Gebot. Man soll die Worte wägen, die man über andere aussagt. Den Kilian halte ich für einen sehr rechtschaffenen Mann. Als solcher ist er überall bekannt. — Doch — wie gesagt — ich werde in den nächsten Tagen mit ihm reden..."

Damit verabschiedete er die beiden.

Sehr enttäuscht und mißmutig gingen die zwei nach Hause. Sie hatten von der Unterredung mit dem Pfarrer viel mehr erwartet.

„Das weiß ich schon jetzt", versetzte der Wirt mit jämmerlicher Miene, „der Kilian hat beim Pfarrer einen Stein im Brett, — der wird nichts gegen ihn und das Weibsbild unternehmen!"

„Mag er es bleiben lassen", knurrte der Schulze, „ich schreibe schon morgen an den Landrichter, der pflegt mit solchen Leuten anders umzuspringen. Ja, ja, an den müssen wir uns wenden — das ist unser Mann!"

10. Kapitel.

In der Gaststube Ringleins gab es jetzt nur noch einen Gesprächsstoff. Alles drehte sich um den Kilian und seine teuflisch schöne Hausgenossin. Der Schulze kehrte jeden Abend in der Wirtschaft ein und hatte viel mit dem alten Wirt zu reden. Auch sein Sohn war stets dabei; er sprach sehr wenig, aber desto mehr klopfte er auf seinen Säbelknauf und stieß grimmige Drohungen gegen den Kilian aus. Letzteres tat er in besonderem Maße, wenn er die Bärbel in der Nähe wußte, denn die Bärbel dankte ihm dann jedesmal mit einem freundlichen Blick und nickte ihm freundlich zu. Ueberhaupt schien die Bärbel ihre frühere Antipathie gegen den Soldaten ganz abgelegt zu haben. Sie ließ sich sogar manchmal neben Schwengle nieder und zwinkerte ihm so verliebt mit den Augen zu, daß ihm das Gesicht vor Freude ganz rot wurde. — Der alte Schulze aber strich sich wohlgefällig den Bart und dachte bei sich: Jetzt hat der Gustav die Schlacht gewonnen. Zwar nimmt er nur, was Kilian nicht wollte, aber das schadet den Talern nichts, die sie mit in die Ehe bringt. Ihre Mitgift überstrahlt die Blamage mit dem Kilian. Mein Sohn springt ein, aber er weiß, wofür er es tut...

Und als eines Abends die Bärbel allein in der Küche arbeitete, schlüpfte Schwengle hinein — schön aufgeputzt, den Säbel unter dem Arm, den Schnurrbart keck aufgezwirbelt. Siegesgewiß, mit vorgestreckter Brust und hocherhobenem Haupt, tänzelte er auf die Wirtstochter zu und machte vor ihr eine so galante Verbeugung, deren sich ein Edelmann nicht hätte zu schämen brauchen.

„Hähä, immer fleißig — bis in den späten Abend hinein", so begann er. „Bist doch ein arbeitsames Mädchen — muß man sagen. Wirst einen Mann mal glücklich machen, Bärbel!"

Dabei tätschelte er ihr auf die starken Arme und zwinkerte ihr mit den Augen zu.

Bärbel, die eben Rahm von den vollen Milchtöpfen schöpfte, hörte auf zu arbeiten und lachte dem Soldat ins Gesicht.

„Du scherzest nur, Gustav."

„Nee, das ist kein Scherz! Habe nie ein Mädel mit solcher Forsche die Arbeit anfassen sehen wie dich. Bist ja auch wirklich gebaut dazu — hast was in den Armen." Er verlor plötzlich das lachende Gesicht. Vielleicht dachte er in diesem Augenblick an jene kräftige Backpfeife, die sie ihm damals verabreicht. Doch schnell zwang er den Mund wieder zum Lächeln und fuhr fort: „Bärbel, ich wollte dich heute noch einmal fragen, ob wir beide nicht — ich meine — ob du nicht mit mir einen Ehestand gründen möchtest. Ich habe dir ja schon einmal gesagt, daß ich dich liebe. Gäben doch ein nettes Paar — wir beide.."

Die Bärbel ließ die Arme schlaff herabsinken und blickte zu Boden. Ach, es war ja zwecklos, noch an den Kilian zu denken. Das war ja vorbei, mußte vorbei sein. Der Gustav war kein unschöner Mann, war besser als gar keiner, denn sie wollte keine alte Jungfer werden. — Einfach und kalt erwiderte sie:

„Gustav, ich will dich gerne heiraten, wenn mein Vater damit einverstanden ist — was ich glaube..."

Gustavs Gesicht strahlte. Er ließ den Säbel sinken und legte seine Arme um ihren Hals.

„Dein Vater hat schon nichts dagegen, Bärbelchen. Also wäre die Sache schon abgemacht."

Er wollte sie küssen, doch sie wich ihm aus.

„Aber Bärbel, einen Kuß..."

„Ich habe noch eine Bedingung, Gustav", versetzte die Bärbel und machte sich ganz von ihm frei. Der Sohn des Schulzen war enttäuscht.

„Noch eine Bedingung?"

„Gustav, ich kann keinen anderen heiraten, solange der Kilian noch das Mädchen im Hause hält. Das leidet mein Stolz net. Sieh, man würde dann sagen: Der Kilian hat diese fremde Person der Bärbel vorgezogen — nur ihretwegen hat er sie sitzen lassen. — Gustav, meine Bedingung mußt du verstehen. Das Weibsbild muß fort! Ist es nicht mehr da, verlob ich mich mit dir auf der Stelle. Darauf hast du mein Wort. — Auch deine Ehre als mein Zukünftiger verlangt es. Denn dir würde man vorwerfen: Er kriegt sie nur, weil sie den Kilian nicht mehr haben kann. — Ist aber das Mädchen fort, so heißt es: Nun sitzt er da, einsamer und verlassener als vorher. Die Bärbel nimmt sich einen anderen und er kann von neuem suchen.."

Die Wirtstochter sah finster zu Boden. Unheimlich glühte es in den halbgeschlossenen Augen. Sie haßte die Fremde wie noch nie einen Menschen auf der Welt — damals schon, als ihr der Schuster die Nachricht brachte, daß sie im Hause Kilians weilte. Es war nun so gekommen, wie sie es von Anfang an befürchtet hatte. Nur sie — das war ihre feste Ueberzeugung — hatte ihr den Geliebten entrissen, nur ihretwegen war sie so tief gedemütigt worden, daß es ihr schien, als ob sie keinem Menschen mehr unter die Augen treten könne. Sie wollte den Kilian nicht mehr — nein, aber büßen sollte er — er und die Fremde. So lange wollte sie den Zorn und die Wut der Männer schüren, bis sie endlich gegen ihn anliefen. (Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Polizeianwärter Anton Kuhn von Ummendorf bei Biberach vor dem Schwurgericht Stuttgart zu verantworten. Der Angeklagte hatte mit einer Kontoristin ein Verhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen geblieben war. Da er sich in der Zwischenzeit mit einem anderen Mädchen verlobte, empfand er das Kind als eine Last und versuchte es mit abgebissenen Fingernägeln zu vergiften. Später versuchte er sowohl die Mutter wie das Kind mit Gas aus der Welt zu schaffen. Als die Mutter eines Tages eingeschlafen war, öffnete er den Gashahn im Zimmer und entfernte sich. Der Angeklagte, der schon kurz nach der Geburt des Kindes geäußert hatte, es wäre das Beste, das Kind würde sterben, bestritt jetzt, daß er es auf das Leben des Kindes abgesehen habe. Der Staatsanwalt beantragte sieben Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete wegen dreier Verbrechen des versuchten Mords zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Scharnhausen, OA. Stuttgart. (Der Vater sticht seinen Sohn.) Am Pfingstmontag abend hat ein 65jähriger Metallschleifer nach kurzem Wortwechsel in betrunkenem Zustand seinen 26jährigen Sohn Karl mit einem Messer in den Bauch gestochen. Mit qualvollen Schmerzen mußte der Bedauernswerte ins Eßlinger Krankenhaus übergeführt werden.

Reutlingen. (Textilindustrie bessert sich.) Nach dem Bericht des Arbeitsamts Reutlingen sind in der Textilindustrie weitere merkliche Besserungen eingetreten. Eine Weberei hat nun auch den zweiten Betrieb wieder aufgemacht, um den Aufträgen nachkommen zu können. Die Kleiderfabriken sind immer gut beschäftigt und nahmen weitere Einstellungen vor. Auch in Strickereibetrieben bestand Aufnahmemöglichkeit von Strickerinnen. Zwei Webereien nahmen ebenfalls Einstellungen von Webern vor und ein anderer Webereibetrieb ist von Kurzarbeit auf Vollarbeit mit der Belegschaft von 120 Leuten übergegangen.

Leinzell, OA. Gmünd. (Ergebnislose Zwangsversteigerung.) Am Pfingstdienstag fand bei der in Konkurs geratenen Firma Uhlmann die Zwangsversteigerung statt. Mit großen Erwartungen sah ihr die hiesige Einwohnerschaft entgegen, die zu einem großen Teil bei der bis zum finanziellen Zusammenbruch vollbeschäftigten Textilfabrik Arbeit gefunden hatte. Bei der Versteigerung waren mehrere Interessenten anwesend, aber ein Angebot wurde nicht gemacht. Der Grund hiefür dürfte wohl in der Befürchtung liegen, daß die Kundschaft der Firma Uhlmann sich inzwischen andern Firmen zugewendet hat. Die Oberamtssparkasse hat die Einstellung des Konkursverfahrens beantragt. Das Anwesen wird voraussichtlich aus freier Hand verkauft werden.

Vorläufige Regelung der Gemeindeverwaltung

Stuttgart, 7. Juni. Das Staatsministerium hat ein Gesetz zur vorläufigen Regelung der Gemeindeverwaltung beschlossen, das vom Herrn Reichsstatthalter bereits ausgefertigt ist und demnächst im Regierungsblatt verkündet wird. Dieses Gesetz bringt eine andere Verteilung der Aufgaben zwischen Ortsvorsteher und Gemeinderat. Die Vertretung der Gemeinden steht künftig grundsätzlich dem Ortsvorsteher zu; seine Vertretungsmacht ist aber in Angelegenheiten, die zum Wirkungskreis des Gemeinderats gehören, davon abhängig, daß der Gemeinderat die erforderlichen Beschlüsse gefaßt hat oder daß diese durch eine rechtsgültige Verfügung des Ortsvorstehers ersetzt sind. Die bisherigen Befugnisse des Gemeinderats inbezug auf die Gemeindebeamten (Anstellung, Entlassung, Dienstaufsicht usw.) sind auf den Ortsvorsteher übertragen; der Gemeinderat ist aber vor der Ernennung und Entlassung zu hören, auch bedarf die Ernennung und Entlassung der Beamten von Besoldungsgruppe V an der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörden. Die Bestimmungen über die Beanstandung von Beschlüssen des Gemeinderats durch den Ortsvorsteher sind insofern geändert, als der Ortsvorsteher Beschlüsse beanstanden muß, die seiner Ansicht nach gesetzwidrig sind oder der Gemeinde nachteilig sein werden; kommt nach einer Beanstandung keine Einigung zwischen Ortsvorsteher und Gemeinderat zustande, so gilt der Beschluß des Gemeinderats als aufgehoben und der Ortsvorsteher kann allein verfügen, nachdem er seine beabsichtigte Verfügung der Aufsichtsbehörde vorgelegt und diese sie nicht innerhalb einer Woche beanstandet hat. Ferner enthält das Gesetz Bestimmungen über Behandlung von Anträgen aus der Mitte des Gemeinderats, eine Verschärfung der Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen des Gemeinderats, Vorschriften über die Ergänzung des Gemeinderats, wenn die Mitgliederzahl auf zwei Drittel der festgesetzten Zahl gesunken ist, und über die Amtsenthebung von Mitgliedern des Gemeinderats, die nach ihrer Persönlichkeit die Befürchtung rechtfertigen, daß sie die Arbeit des Gemeinderats in einem dem öffentlichen Wohl abträglichen Maß erschweren und beeinträchtigen werden.

Die Eröffnung des württembergischen Landtags

Ermächtigungsgesetz angenommen

Stuttgart, 8. Juni. Mit einem feierlichen und würdigen Staatsakt wurde am Donnerstag nachmittag der 5. Württ. Landtag im schön geschmückten Halbmondsaal bei vollbesetzten Tribünen eröffnet. Eröffnungspräsident war der bisherige Landtagspräsident Innen- und Justizminister Dr. Jonathan Schmid, der auf die veränderte Stellung des Landtags hinwies und betonte, daß die Regierung die Gesetze ohne den Landtag erlassen könne, daß aber die Möglichkeit bestehe, den Landtag zu gesetzgeberischen Arbeiten heranzuziehen, wovon jedoch solange kein Gebrauch gemacht werde, als die Regierung dringende Arbeiten zu erledigen habe. Der Redner richtete an die Regierung die Bitte, die Abgeordneten trotzdem nicht völlig auszuschalten, sondern sich ihrer als Vermittler zwischen Regierung und Volk zu bedienen. Schließlich widmete der Redner dem um Land und Volk hochverdienten verstorbenen Bauernbunds-Abgeordneten Körner einen warmen Nachruf. Bei der Wahl des Präsidiums wurden einstimmig gewählt zum Präsidenten Staatsrat Waldmann (NS.), zum 1. Vizepräsidenten Abg. Andre (Ztr.), zum 2. Vizepräsidenten Abg. Dr. Pfanenschwarz (NS.). Schließlich wurden noch die Schriftführer bestimmt und die Ausschüsse gebildet.

Sodann nahm Reichsstatthalter Murr das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er ausführte, daß der Landtag nicht völlig ausgeschaltet werde, sondern die Möglichkeit haben solle, zu der Arbeit der Regierung Stellung zu nehmen. Er sei aber überzeugt, daß der Landtag nie Anlaß finde, zu erklären, was die Regierung getan hat, ist falsch. Es sei eine historische Stunde, wenn er jetzt als Reichsstatthalter die Sitzung des Landtags einleite. Es werde nicht mehr möglich sein, daß einzelne Länder gegeneinander oder gegen das Reich arbeiten. Der Reichsstatthalter hat die Abgeordneten, sich als Vertreter des ganzen Volkes zu fühlen, da sie sich nicht vor einer Partei, sondern vor dem ganzen Volke zu verantworten haben.

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Hierauf gab Ministerpräsident und Kultminister Mergenthaler die Regierungserklärung ab, in der er zunächst darauf hinwies, daß in diesem historischen Raum des Halbmondsaales sich zum erstenmal seit langer Zeit die ruhmreiche Fahne Schwarz-Weiß-Rot und zum erstenmal das siegreiche Banner der deutschen Revolution, die Hakenkreuzfahne, sich zeigen. Am heutigen Tag wird auch äußerlich dokumentiert, daß die Schmach des 9. November 1918 für Deutschland, für Württemberg und auch für dieses Haus getilgt ist. Der Ministerpräsident gedachte dann der geschichtlichen Tage des 30. Januar und des 5. März 1933 und erklärte, daß mit der Verbindung Hindenburg und Hitler die deutsche Revolution gesiegt habe. Bei der Wahl am 5. März hat das deutsche und das württembergische Volk ein gewaltiges Bekenntnis zur heiligen Idee des Nationalsozialismus abgelegt. Wir erklären heute, sollten sich irgendwelche unterirdische marxistische Wühlereien oder reaktionäre Bestrebungen zeigen, so sind wir zu schärfster Abwehr bereit. In unerschütterlicher Treue stellen die württembergische Regierung und das württembergische Volk sich hinter den Führer des deutschen Volkes Adolf Hitler. In dieser Verbundenheit sehen wir auch die Sicherheit für ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen Reich und Ländern. Diese innere Verbundenheit gründet sich auf die Gemeinsamkeit der Grundlagen von Volk und Staat, nämlich Blut und Boden. Vor einem Jahr war es möglich, so führte der Redner weiter aus, daß die drei süddeutschen Ministerpräsidenten zusammenkamen, um gegen das Reich zu konspirieren. Ein solches Verhalten ist für alle Zeit unmöglich gemacht. Aeußerlich kommt die Einheit von Reich und Ländern zum Ausdruck durch den staatsrechtlichen Neuaufbau in der Einrichtung der Reichsstatthalter. Sie sind die Klammern für die Einheit des Reiches. Das Statthaltergesetz berührt keineswegs das Eigenleben und die selbständigen Aufgaben der Länder. Auch in Zukunft muß das Eigenleben der Länder bestehen bleiben, um die besonderen Aufgaben zu erfüllen, die den Ländern und Stämmen gestellt sind. Der Umformungsprozeß der politischen Vertretungen wird solange weitergehen, bis aus ihnen Körperschaften geworden sind, die in sachlicher und zweckmäßiger Mitarbeit an den Staatsgeschäften teilnehmen können. Auch in den Gemeinden wird das Führerprinzip durgeführt. Die Ortsvorsteher werden in Zukunft mittelbare Staatsbeamte sein. Zur Frage der berufsständischen Gliederung erklärte der Redner: Die Staatsführung wird stets durch das Primat der Politik bestimmt. Sie darf niemals mit wirtschaftlichen Interessen verquickt werden. Daher ist es falsch zu glauben, die Wirtschaft könne in ihrer berufsständischen Gliederung an der Staatsführung teilnehmen. Die berufsständische Gliederung ist nur dazu da, um in der Wirtschaft anstelle des Klassenkampfes von unten und oben den Gedanken „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" zu setzen. Der wirtschaftliche Umformungsprozeß darf nicht dazu benützt werden, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft zu berühren. Wir warnen ganz dringend davor, da wir solches mit schärfstem Kampf beantworten müßten. Ueber Einzelaufgaben erklärte der Ministerpräsident dann noch folgendes: Es ist eine hohe Aufgabe der Regierung, Kunst und Kultur zu pflegen und zu fördern. Die Regierung hat die Absicht, außer dem Staatstheater als weitere kulturellen Zentren trotz schwerster Finanznot noch die Staatstheater Heilbronn und Ulm durchzuhalten. In den Schulen wird der Hauptnachdruck auf das Charakterliche gerichtet. Die Schule braucht vor allem die religiösen Werte. Auch außerhalb der Schule muß die Jugend in den Jugendverbänden im Geist der deutschen Erhebung erzogen werden. Dabei ist aber nicht gesagt, daß die Mannigfaltigkeit in der Jugendbewegung beseitigt werden soll. Der neue Staat ist durchaus positiv eingestellt zu den beiden christlichen Kirchen. Auch der württembergische Staat lehnt jeden Gedanken an einen Kulturkampf restlos und schärfstens ab. Dafür müssen die Kirchen zur nationalen Regierung eine positive Stellung einnehmen. Wenn Reibungen vorhanden sind, sollen sie beseitigt werden. Die Regierung will auch in der Zeit der Finanznot den zwei christlichen Konfessionen die Mittel geben, die sie brauchen, um ihre religiösen und sittlichen Aufgaben zu erfüllen. Dagegen ist es unmöglich, die Zuschüsse für die israelitische Religionsgemeinschaft weiter zu geben. Zu der Frage Beamter und neuer Staat erklärte der Ministerpräsident, die Regierung steht nicht auf dem Standpunkt, daß über Nacht alle Beamte nationalsozialistisch werden, sie will das auch nicht. Selbstverständlich ist allerdings, daß auf wichtige Posten nur Männer gestellt werden, die den neuen Staat nicht nur dulden, sondern positiv mit ihm einverstanden sind. Der Redner besprach dann verschiedene von der Regierung bereits eingeleitete Sparmaßnahmen, vor allem die Herabsetzung der Altersgrenze. Er kündigte dabei Gesetzentwürfe gegen das Doppelverdienertum und gegen unzulässige Nebenbeschäftigung an, ferner ein Gesetz zur Angleichung der Spitzengehälter in Württemberg an die herabgesetzten Ministergehälter. Wie im Staat muß selbstverständlich auch in der Privatwirtschaft absolute Sauberkeit herrschen. Künftig werden die Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand durch eine staatliche Stelle in Anlehnung an den Rechnungshof geprüft. Der Staatsetat für 1933 ist noch von der alten Regierung aufgestellt und schließt mit einem Defizit von zehn Millionen ab. Einzelmaßnahmen, um über die schwierige Haushaltslage hinwegzukommen, können im Augenblick noch nicht angegeben werden. Eine völlige Gesundung kann nur durch restlose Durchsetzung der nationalsozialistischen Auffassungen auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Kreditpolitik erreicht werden. Der neu zu schaffende Rechnungshof wird die Ausgaben nicht nur nach der rechnerischen Seite, sondern auch nach der zweckmäßigen Verwendung prüfen. Zur Frage der Arbeitsbeschaffung führte der Redner dann aus, daß die Regierung für die Nöte der württembergischen Fertigwarenindustrie, die auf die Ausfuhr angewiesen sei, völliges Verständnis habe. Aber diese Nöte können nur behoben werden, wenn die innere deutsche Wirtschaft gesund sei. Die Arbeitsdienstpflicht wird von der Regierung mit allen Kräften gefördert. Der Redner kündigte dann an, daß demnächst mit der Elektrifizierung der Strecke Tübingen—Plochingen, ferner mit dem Aufbau des Alten Schlosses in Stuttgart begonnen werde. Als weitere Aufgaben bezeichnete er die Herabsetzung der Zinsen, vor allem durch Senkung der zu hohen Verwaltungskosten, wobei den öffentlichen Sparkassen eine besondere Verpflichtung erwachse, ferner die Schaffung eines neuen deutschen Rechtes. Zu dem Ermächtigungsgesetz erklärte Ministerpräsident Mergenthaler, daß die Haltung der Parteien zu diesem Gesetz für die Regierung ein gewisser Maßstab sein werde, wieweit die Bereitwilligkeit im Landtag gehe, positiv mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Zur außenpolitischen Lage erklärte der Redner, daß die württ. Regierung die Greuelhetze des Auslandes als eine schamlose Lüge zurückweist. Zum Schluß seiner Ansprache gedachte der Ministerpräsident, während die Abgeordneten sich erhoben, der zwei Millionen Gefallenen des Weltkrieges und der Toten der nationalen Erhebung. Diesen wollen wir nachleben, diese sollen uns Vorbild sein. So wollen wir zusammenstehen, um die Not des Volkes zu meistern und alles Persönliche und Parteimäßige zurückstellen. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In einer einzigen Lesung wurde zum Schluß das Ermächtigungsgesetz behandelt. Für das Zentrum erklärte der Abg. Bock, für die Deutschnationalen der Abg. Hirzel, für den Chr. Volksdienst der Abg. Kling und für die Sozialdemokraten der Abg. Keil die Unterstützung der Regierung. Die Sozialdemokratie erklärte jedoch, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen werde, da sie über die Tragweite des Gesetzes nicht unterrichtet worden ist. Hierauf wurde das Ermächtigungsgesetz mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen, worauf der Landtag sich vertagte und dem Präsidenten die Ermächtigung erteilte, den Landtag zu gegebener Zeit wieder einzuberufen. Mit einem Sieg-Heil auf Reich und Land und seine Führer und dem Gesang des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes schloß die denkwürdige Sitzung.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 8. Juni. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: Ochsen —, Bullen 1, 4 (unverkauft 2) Jungbullen, Kühe —, 19 (8) Rinder, 95 Kälber, 128 (20) Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen —, Kühe —, Rinder —, Kälber b 41—43 (letzter Markt 42—44), c 34—38 (35—40), Schweine a fette über 300 Pfd. 38 (37—38), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 36 (37—39), c von 200—240 Pfd. 36—37 (38—39), d von 160—200 Pfd. 34—36 (36 bis 37), Sauen — Mk. Marktverlauf: Großvieh nicht notiert, Kälber und Schweine langsam.

Pforzheim, 7. Juni. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 537 Tiere, und zwar 6 Ochsen, 2 Kühe, 31 Rinder, 19 Farren, 115 Kälber, 4 Schafe, 360 Schweine. Marktverlauf: mäßig belebt. Ueberstand: 24 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 28—30, b 25—27; Farren a 28—29, b 26—27, c 24—25; Kühe a 23, b 19, c 14; Rinder a 32—34, b 27—29; Kälber b 42 bis 44, c 38—41; Schweine b 38—40, c 38—40, d 37—39.

Letzte Nachrichten

Dresden 8. Juni. In der Nacht zum 2. Juni wurde ein wilder Diamantenhändler, der auf der Straße Edelsteine zum Verkauf anbot, von einem Polizeibeamten zur Rede gestellt und, da er mit einem Revolver gegen den Beamten vorging, im Handgemenge durch einen Schuß in den Kopf getötet. Die Ermittlungen der Dresdener Kriminalpolizei haben jetzt ergeben, daß der Erschossene der berüchtigte Fassadenkletterer Willi Kossner aus Berlin ist.

Briefwechsel zwischen Lord Cecil und Gouverneur z. D. Schnee

über „Maßnahmen gegen jüdische Bürger in Deutschland"

WB. **Montreux**, 7. Juni. Der Präsident des Weltverbands der Völkerbundsgesellschaften, Lord Robert Cecil, hat an den Führer der deutschen Völkerbundsliga, Gouverneur z. D. Dr. Schnee einen Brief gerichtet, in dem sich Lord Cecil gemäß einer heute vom Weltverband gefaßten Entschließung auftragsgemäß über die Auffassung des Weltverbandes bezüglich „gewisser kürzlicher Vorkommnisse in Deutschland in Verbindung insbesondere mit den Maßnahmen gegen die jüdischen Bürger dieses Landes" verbreitet. Auf diesen Brief hat Dr. Schnee heute abend Lord Robert Cecil eine schriftliche Antwort erteilt, in der es heißt: Es erfüllt mich mit aufrichtiger Genugtuung, daß Sie aus diesem Anlaß der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß der Weltverband nicht das Recht hat, sich in die inneren Angelegenheiten irgend eines Landes einzumischen. Umso schmerzlicher berührt es mich, daß Sie ein Urteil über die gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen der deutschen Regierung abgeben, ohne die schweren Mißverständnisse zu berücksichtigen, die dazu geführt haben. Ich kann dieses Urteil nicht als begründet und nicht als be-

Max Schmeling geschlagen

Newyork, 9. Juni. (Tel. WTB.) Dem Boxkampfe Schmeling — Baer in Chikago wohnten 65 000 Zuschauer bei. Schmeling wurde in der zehnten Runde auf die Treppe geschlagen und Baer zum Sieger erklärt.

Links: Maxie Baer, der 23jährige ausgezeichnete amerikanische Nachwuchsboxer.

Rechts: Max Schmeling, der deutsche Schwergewichtler, der vorübergehend den Weltmeistertitel führte.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

rechtigt anerkennen. Es ist unzutreffend, wenn Sie von dem Wiederanwachsen einer Denkweise im deutschen Volke sprechen, die tatsächlich in unserem Volke keinerlei Boden hat.

Im übrigen werde ich meiner Regierung über die Stellungnahme des Weltverbandes Bericht erstatten und zweifle nicht daran, daß sie bei ihren Entscheidungen sowohl den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, als auch den vom Völkerbund vertretenen erhabenen Grundsätzen Rechnung tragen wird.

Aus Welt und Leben

Durch besondere Geschäftstüchtigkeit versucht man in Italien den Fremdenverkehr zu heben. Namentlich die Neuvermählten hat man ins Auge gefaßt, offenbar weil der junge Herr Gemahl noch den Großzügigen spielt und das Geld reichlicher fließen läßt. So hat man jetzt auf einer Insel in der Adria ein Flitterwochenparadies geschaffen. Die Insel ist mit allen landschaftlichen Reizen ausgeschmückt und besitzt einen herrlichen Strand. Der Zutritt ist nur gegen Vorweisung von Urkunden gestattet, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß die Hochzeit erst kürzlich stattgefunden hat. Es ist dort eine Anzahl entzückender kleiner Wohnhäuser errrichtet worden. Daneben gibt es ein Haupthotel mit möblierten Zimmern. Außer dessen Angestellten hat das Eiland keine ständigen Bewohner. Die Insel ist nur zwei Kilometer breit und sechs Kilometer lang. Nicht öfter als einmal in der Woche erscheint der Dampfer, der diese Gefilde der Seligen mit der Außenwelt verbindet. Nicht nur der italienische Steuerzahler wird der römischen Regierung, die hierdurch den Fremdenverkehr heben will, für die Gründung des Flitterwochenparadieses in der Adria Dank wissen, sondern auch mancher Ausländer, der außer der Angebeten die auch in diesem Garten Eden erforderlichen Devisen sein eigen nennt.

Die Forschung um Atlantis ist immer noch ein wissenschaftlicher Streitapfel. Atlantis war, wie Ueberlieferungen aller Art berichten, ein Kontinent größer als Australien, mitten im Atlantischen Ozean zwischen 10. und 40. Breitegrad, den Azoren und Kapverdischen Inseln gelegen, der vor etwa fünfzehntausend Jahren infolge vulkanischer Katastrophen unterging. Die letzten Inselschollenreste Atlantis' sollen erst 9000 vor Christo dem schon früher versunkenen Festland auf den Grund des Meeres nachgefolgt sein. Die am schärfsten ablehnende Stellung gegen diese Annahme nahm der vor kurzem auf einer Forschungsexpedition in Grönland zugrundegegangene Gelehrte Prof. A. Wegener ein. Seine Theorie geht von der Aehnlichkeit der Uferrandlinien Südamerikas und Afrikas aus. Man könnte die beiden Kontinente aneinanderfügen wie die Steine eines Puzzlespieles. Brasilien würde genau in den Golf von Guinea hineinpassen. Professor Wegener nahm nun an, daß die Schollen der Kontinente durch vulkanische und tektonische Katastrophen auseinandergebrochen und, auf dem Magma des feurigflüssigen Erdinnern sozusagen schwimmend, von einander weggeglitten seien. Demnach könnte Atlantis, das sich doch als Kontinent zwischen Afrika und Amerika befunden haben soll, niemals existiert haben. Die Tatsache, daß vom Grunde des Atlantischen Ozeans Lava ans Tageslicht gehoben wurde, die unbestreitbar vor etwa fünfzehntausend Jahren an der Luft erhärtete (sie ist spröd und glasig, zum Unterschied vom bimssteinartigen Aussehen unter Wasser erhärteter Lava), würde jedoch eher für eine Existenz Atlantis' sprechen, da bei einem Auseinanderbrechen der Kontinentschollen nach der Wegenerschen Theorie die Lava kaum Zeit gehabt haben dürfte, an der Luft zu erkalten. Nichtsdestoweniger kann die vom Meeresgrund gehobene Lava weder der Wegenerschen Lehre noch der Atlantishypothese als eindeutiges Beweismaterial dienen. Bis zur endgültigen Klärung aber erzählt die sagenhafte Legende weiter: Als Europa noch von wilden Barbarenhorden, dem tierähnlichen Neandertaler, dem tiefstehenden Moustérienmenschen (wie sie nach den Fundstätten von Schädel- und Knochenresten benannt wurden) durchzogen und nur sehr schwach besiedelt wurde, hatte Atlantis, von einer außerordentlich hochstehenden roten Rasse bewohnt, den Höhepunkt seiner Kultur bereits überschritten. Auf ein mehrtausendjähriges goldenes Zeitalter glücklichsten Friedens unter der Herrschaft weiser Priesterkönige folgte ein erzenes Zeitalter innerer Kämpfe, von Kriegen nach außen, von Uebervölkerung und Hungersnot begleitet, die naturgemäß ein dringendes Expansions-, ein Abwanderungsbedürfnis zur Folge hatten, woraus die Kulturforschung der Gegenwart das plötzliche Auftreten hochkultivierter Stämme im barbarischen Europa, Süd- und Mittelamerika der Vorzeit erklärt. Bald nach Ausbruch dieser Revolutionen und Kriege muß aber die furchtbare Katastrophe stattgefunden haben: Tempel- und Pyramidenbauten, die steinernen Quader gewaltiger Städte, Ackergrund und Siedlungen, uralte Weisheit, Haß und Leidenschaften der eben ausgebrochenen Kriege sanken in die Tiefe. Unter den Wogen des Ozeans sind die Geheimnisse atlantischer Kultur begraben geblieben bis auf einige karge Ueberlieferungen, die von den ausgewanderten Angehörigen jener roten Rasse auf die fremden Gastvölker gekommen sind.

*

Das unfehlbare Mittel, ein wahres Geschichtchen aus Sachsen. An der Ecke einer Leipziger Vorstadtstraße befindet sich seit einigen Tagen ein kleiner Stand, an dem ein „unfehlbares Mittel" gegen Erkältung jeglicher Art verkauft wird. „Jede Erkältung innerhalb einer Viertelstunde geheilt", steht auf der Flasche. Neulich sitzt an dem Stande nicht der übliche Verkäufer, sondern seine Frau. „Wo ist denn Herr Hasenbein?" wird die Frau gefragt. „Man Mann gann heude nich selber sein Geschäfd besorjn. Der had sich ganz furchtbar ergälded und liegd im Bedde."

Turnen, Spiel und Sport

Die Einrichtung der Verpflegungszelte beim Deutschen Turnfest in Stuttgart

Hinsichtlich der Verpflegung hat die Leitung des 15. Deutschen Turnfestes in Stuttgart mit anderen Verhältnissen zu rechnen, als sie in den Städten der vorhergegangenen Turnfeste gegeben waren. In Stuttgart sind die 10 Verpflegungszelte auf dem Festplatz nicht lediglich Gaststätten für die Verabreichung von kleineren Erfrischungen. Sie werden zu einer unbedingt notwendigen Einrichtung, um in den Haupttagen des Festes überhaupt die Verpflegung der Hunderttausende von Festbesuchern sicherzustellen, und um eine gute und billige Kost gewährleisten zu können. Das Verpflegungsdorf hat namentlich dann einzuspringen, wenn im Innern der Stadt Stuttgart große Zusammenballungen von Menschenmassen entstehen, wie nach dem großen Festzug am Sonntag, und der Fall eintreten kann, daß in Stuttgart innerhalb eines kurzen Zeitraums fast ebensoviel Menschen wie Stuttgart Einwohner hat, ihr Essen und Trinken verlangen. Ein Teil des Festzuges, etwa 40 000 Teilnehmer, sollen daher auf den Wasen zurückgeführt werden, um hier Verpflegung zu erhalten.

Die riesige Zeltstadt auf dem Wasen, die sich neben der Kampfbahn erheben wird, hat demnach keine kleine Aufgabe zu lösen. In den 10 Verpflegungshallen, die eine Größe von je 4000 Quadratmeter besitzen, sind Kücheneinrichtungen von größtem Ausmaße vorgesehen. Eine Sonderheit dieser Verpflegungsanlage wird die Tatsache sein, daß der gesamte Küchenbetrieb vollelektrisch eingerichtet wird. Den Vertretern der elektrothermischen Wissenschaft ist hier Gelegenheit gegeben zu beweisen, daß die Elektrizität als Wärmequelle allen Anforderungen auch beim größten Stoßbetriebe gewachsen ist.

Die Koch- und Brateinrichtungen in den Verpflegungszelten werden einen riesigen Umfang erhalten. Sie stellen die größte elektrische Kochanlage dar, die je gebaut wurde. Die in den Zelten benötigte Energie wird einen Anschluß von 2000 KW. besitzen, die einer Leistung von rund 3000 PS. entsprechen. Auf 3 Meter langen Herden und großen Kesseln, Brat- und Backöfen und auf ganz neuartigen Grillapparaten wird in den Turnfesttagen gekocht und gebraten werden. Um einen Begriff von der Leistungsfähigkeit der großen Grillapparate, bei denen die letzten Erfahrungen und neuesten Erfindungen Berücksichtigung gefunden haben, zu bekommen, sei darauf hingewiesen, daß auf einem solchen Apparat in einer Stunde über 1000 Würste gebraten werden können. 40 Stück derartiger Mammutapparate werden in den Großküchen zur Verfügung stehen. Die Küchen werden außerdem mit hochleistenden Schnellkochplatten, Elektrokocher genannt, und Heißwasserspeichern ausgerüstet, die in der Nacht zu billigstem Strompreis aufheizen und am Morgen kochendes Wasser liefern. Das Kaffeezelt mit einer Leistung von 12 000 Tassen Kaffee in der Stunde wird Einrichtungen nie gesehenen Umfanges zeigen.

Das Verpflegungsdorf wird also nicht nur für den Fachmann der elektrothermischen Wissenschaft und des Wirtsgewerbes, sondern auch für jede Hausfrau und jeden anderen Besucher des Festplatzes zu einer Sehenswürdigkeit ersten Ranges werden. Sch.

*

Sportverein Herrenalb I — FG. Flehingen I 2:0

Bei herrlichstem Sonnenschein fand dieses Treffen am Pfingstmontag hier statt. Es galt das letzte Aufstiegsspiel auf heimischem Boden zu absolvieren. Der Kampf wurde nicht so glatt gewonnen, wie das Resultat besagt. Die Gäste waren inbezug auf Technik und Verständnis den Hiesigen überlegen. Aber wieder einmal triumphierte ganzes Einsetzen u. Siegeswillen über diese Vorteile. Die große Hitze setzte den Spielern sehr zu, sodaß der Kampf nach Halbzeit merklich nachließ und man schon richtigen Sommerfußball zu sehen bekam. Ueber den Spielverlauf kurz folgendes: Herrenalb kann gleich zu Beginn einige Torchancen herausspielen, die aber besonders von dem linken Flügel ausgelassen werden. Bei einem Zusammenstoß muß der einheimische Rechtsaußen für kurze Zeit ausscheiden, die erlittene Verletzung behindert ihn während des ganzen Spieles. Der Gegenwind macht den Gästen sehr zu schaffen, sie haben alle Mühe, ihr Tor vorerst reinzuhalten. Ungefähr eine Viertelstunde vor Halbzeit kann der gegnerische Torwart einen Bodenroller von rechts nicht erreichen, der herbeigeeilte einheimische Linksaußen braucht bloß einzuschieben. Halbzeitresultat 1:0 für Herrenalb. Nach dem Wechsel kommen die Hiesigen vom Anspiel weg schön durch. Eine Rechtsflanke wird vom Halbrechten zu dem günstiger stehenden Linksaußen geköpft, dieser erfaßt die Situation und sendet wiederum aus kurzer Entfernung zum 2:0 ein. Flehingen bekennt sich noch nicht geschlagen und kämpft mächtig um eine Aenderung des Resultates. In der letzten Viertelstunde hat Herrenalb Glück, die Gäste drängen stark und können das Spiel überlegen gestalten. Das verdiente Ehrentor bleibt denselben jedoch versagt, denn die einheimische Verteidigung hält sich wacker und der Torwart zeigt wieder das alte solide Können. Der Schiedsrichter war dem Spiel ein guter Leiter. F.

Birkenfelder Familien-Chronik

in der Zeit vom 1. bis 31. Mai 1933

Geburten:

1. Mai: Ester Ursula, T. d. K. E. Graf, Kettenmacherin;

Eheschließungen:

26. Mai: Karl Stickel, Goldard, mit Anna Rilli;

Sterbefälle

5. Mai: Ernestine Luise Binnai geb. Rombach, Heizers Ehefrau, 45 Jahre alt,
11. Mai: Anna Glauner, Hausgehilfin, 27 Jahre alt,
16. Mai: Anna Katharine Gaiser geb. Eberle, Graveurs We., 62½ Jahre alt,
19. Mai: Karl Gustav Wahl, Kaufmann, 57 Jahre alt,
31. Mai: Luise Friedrike Vollmer geb. Ochner, Hilfsarbeiters Ehefrau, 58 Jahre alt.

Geschäftliches

Sie verstehen sicher gut zu kochen. Gleichwohl will es Ihnen nicht immer gelingen, den Speisen den vollendeten Wohlgeschmack zu geben. Irgendetwas fehlt trotz Salz und allerlei Gewürzen. Das sind die Fälle, wo Maggi's Würze verwendet werden soll. Denn diese vermag mit wenigen Tropfen schwache Suppen, Soßen, Gemüse und Salate auf die volle Höhe des Wohlgeschmacks zu bringen.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragungen in das Handelsregister vom 8. Juni 1933:

a) Abt. für Gesellschaftsfirmen: Bei der Firma Hotel Klumpp, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Wildbad: In der Gesellschafterversammlung vom 26. Februar 1933 wurde das Stammkapital von bisher 1 124 000 Goldmark um 449 600 GM. auf 674 400 GM. herabgesetzt. Die §§ 4 Abs. 2, 27 Abs. 2, 7c des Gesellschaftsvertrags wurden geändert. Auf die bei Gericht eingereichten Urkunden wird Bezug genommen.

b) Abt. für Einzelfirmen: Bei der Fa. Erhard Kürble in Herrenalb: Von Amtswegen: Die Firma ist erloschen.

Pfinzweiler — Ottenhausen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag den 11. ds. Mts. im Gasthaus zur „Sonne" in Pfinzweiler stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Ernst Walz, Goldschmied, **Pfinzweiler.**
Emilie Bürkle, Ottenhausen.

Kirchgang ½11 Uhr in Feldrennach.

Holzkaufzettel
vorrätig in der
C. Meeh'schen Buchhdlg.

Auto-Nah- und Fernfahrten
werden zu billigsten Preisen ausgeführt.
Auto-Vermietung Otto Wild,
Höfen a. E., Telefon 38.

Höfen a. E.
Zwei gute
Milchziegen
hat zu verkaufen
Sofie Gall, Witwe.

Neuenbürg.
Eine gute
Nutz- und Fahrkuh
zu verkaufen, auch gegen fettes Stück Vieh zu vertauschen.
Mühlstraße 22.

Glashaut, Salizyl-Pergament-Papier Einwickel-Papier
empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung.

Nachruf!

Hierdurch erfüllen wir die schmerzliche Pflicht, von dem am 8. Juni erfolgten Ableben unseres

Herrn **Fritz Schmidt**
Verbandsdirektor Station Teinach

Kenntnis zu geben.

Der Verstorbene hat in 22jähriger, rastloser Tätigkeit als Kassier und nachheriger Direktor seine ganze Kraft für den Verband eingesetzt und denselben zu ungeahnter Blüte emporgeführt.

Dieses Verdienst wird in der Geschichte des Verbandes unvergessen bleiben und ihm für alle Zeiten ein ehrendes Gedenken sichern.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station (GET.).
Wurster, kommiss. Verbandsdirektor.

Beerdigung in Calw am 10. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen

Frau **Marie Reule**

erfahren durften, sagen wir innigsten Dank. Insbesondere danken wir für den erhebenden Gesang des Leichenchors sowie für die liebevolle Pflege während ihrer Krankheit und allen denen, die sie zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Johann Reule sen.
Langenbrand, den 8. Juni 1933.

W. Forstamt Calmbach.

Schotter-Beifuhr

Zu vergeben ist die Beifuhr im Juli von 100 cbm Splitschotter vom Kohlhäusleobruch aus Forstbezirk Enzklösterle zum Enzachtalsträßchen Abt. 50 und 51. Die Bedingungen können auf der Forstamtskanzlei eingesehen werden.

Schriftliche Gebote je cbm sind bis **16. Juni 1933** einzureichen.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am **Samstag den 10. Juni 1933,** vormittags 10 Uhr, in **Herrenalb:**

1 Zimmerbüfett, 2 Klubsessel, 1 Schreibtisch, 6 Wolldecken, 6 Damen-Gummi-Mäntel, zirka 180 Meter Kleiderstoffe.

Zusammenkunft am Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am **Samstag den 10. Juni 1933,** vormittags 11 Uhr, in **Enzklösterle:**

Zwei Bettstellen mit Rost, Matratzen und Schonern, 1 Waschkommode, 1 Kasten und 1 Nachttisch.

Zusammenkunft am Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Wildbad.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Badende

werden darauf hingewiesen, daß das Betreten der Wiesen zu beiden Seiten der Enz außerhalb der Badeanstalt den Sommer über verboten ist und daß Uebertretungen empfindlich bestraft werden.

Bürgermeisteramt.

Schwarzwald-Verein Birkenfeld.

Nächsten Sonntag
„Rund um Birkenfeld"
Merkungsbummel unter Johann Bollmer's Führung. Abmarsch 7 Uhr „Aussicht".

Photo-Albums
empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandl., Neuenbürg

Herrenalb.
Wir haben einen fast neuen
Pferde-Heu-Rechen
billigst zu verkaufen.
Karl Seufer, K.-G.
Sägewerk.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw